

Bürger für Umwelt (BfU) e.V.
Umweltschutzverband Bothel / Brockel (BBU) e.V.
Bürger für eine lebenswerte Wedemark (BLW) e.V.



Hof Tadel, 14. Dezember 2010

OFFENER BRIEF

Dr. Peter Ramsauer
Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Dienstgebäude Invalidenstraße 44
10115 Berlin

und

Dr. Rüdiger Grube
Vorsitzender des Vorstandes der
Deutschen Bahn AG
Potsdamer Platz 2
10785 Berlin

**Seehafenhinterlandverkehr;
Rechtzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an den aktuellen Planungen
für den Ausbau der Schienenwege in Norddeutschland**

Sehr geehrter Herr Dr. Ramsauer,
sehr geehrter Herr Dr. Grube,

mit großem Interesse und entsprechenden Hoffnungen haben wir die im Nachklang zur Schlichtung „Stuttgart 21“ in einem aktuellen Zeitungsinterview¹ von Ihnen, Hr. Dr. Grube ausgesprochene Zusage aufgenommen, bei künftigen Großprojekten eine frühere und intensivere Beteiligung der betroffenen Bürger sicherzustellen. Es soll dabei auch darum gehen, ausgiebig über Alternativen zu diskutieren, die aus dem Kreis der Bevölkerung kommen.

Die Diskussion zur Bewältigung des wachsenden Seehafenhinterlandverkehrs konzentriert sich aus unserer Sicht leider unverändert auf die Forderung nach dem Neubau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke im Korridor Hamburg/Bremen – Hannover, **die sogenannte Y-Trasse**. Mit der Bereitstellung erster Planungsmittel für dieses Projekt werden leider erneut Fakten geschaffen, die einen gleichwertigen Variantenvergleich erschweren.

¹ „WELT am Sonntag“ vom 05.12.2010 (lt. Vorankündigung „WELT online“ vom 04.12.10)

Vorsitzende: Bürger für Umwelt (BfU) e.V.: Elke Motzkau -
Umweltschutzverband Bothel/ Brockel (BBU) e.V.: Dirk Eberle -
Bürger für eine lebenswerte Wedemark (BLW) e.V.: Christoph Chilla -
Ansprechpartner: Schriftführer/ Pressesprecher Hannes Wilkens, Hof Tadel 1, 27374 Visselhövede,
Mail: wilkens@y-trasse.de

Wir, das sind drei langjährig aktive Bürgerinitiativen gegen die Y-Trasse. Es handelt sich um die Bürgerinitiativen

- Bürger für eine lebenswerte Wedemark BLW e.V, Raum Hannover,
- Bürger für Umwelt (BfU) e.V., Raum Soltau-Fallingbostal und Rotenburg (Wümme),
- Umweltschutzverband Bothel/ Brockel (BBU), Raum Landkreis Rotenburg (Wümme).

Zusammen vertreten wir aktuell rund 600 Mitglieder. Wir haben bereits das durchgeführte Raumordnungsverfahren zur Y-Trasse kritisch begleitet und verfolgen daher die Entwicklung der weiteren Planungsschritte ebenfalls sehr aufmerksam.

Wir sehen das Festhalten an den Planungen als ausgesprochen bedenklich an und halten diese für nicht mehr zeitgemäß. Stattdessen plädieren wir für einen vorrangigen, kostengünstigeren und zeitnaheren Ausbau des vorhandenen Schienennetzes im norddeutschen Raum. Dieser sollte insbesondere den Interessen des Güterverkehrs Rechnung tragen. Nur auf diese Weise lässt sich aus unserer Sicht den berechtigten Ansprüchen der deutschen Seehäfen an einen leistungsfähigen Hinterlandverkehr auf der Schiene zeitgerecht begegnen.

Es liegen inzwischen seriöse Gutachten vor, die diesen Richtungswechsel ausdrücklich befürworten und mit fachlicher Expertise untermauern.

Nach unserer Auffassung werden die aufgezeigten Alternativen zur Y-Trasse seitens des DB AG allerdings nicht mit der gebotenen Ernsthaftigkeit in die Planungen zur Verkehrskonzeption im norddeutschen Raum mit einbezogen.

Kurzgefasst sind es drei Hauptargumente, die gegen eine Realisierung der Y-Trasse sprechen:

- **Der Kapazitätsfaktor**

Die Trasse wird nachweislich nicht die benötigten Freiräume für den prognostizierten Hafenhinterlandverkehr schaffen.

- **Der Zeitfaktor**

Aktuelle Einschätzungen von Fachleuten gehen davon aus, dass die Y-Trasse nach bisheriger Planung nicht vor 2025 in Betrieb genommen werden kann.

- **Der Kostenfaktor**

Deutsche Bahn und der Bund argumentieren nach wie vor auf der Basis einer Kostenhöhe unter 1,3 Mrd. € (entspricht dem ursprünglichen DM-Ansatz mit 2,6 Mrd. aus Mitte der 90er-Jahre). Dies ist nach unserer Einschätzung unrealistisch.

Wir akzeptieren die Ergebnisse und den Ablauf des Raumordnungsverfahrens nicht, da es zu alt ist und zu viele inzwischen zu Tage getretene Fehler beinhaltet. Zudem wurden mittlerweile zahlreiche Änderungen der Planungsparameter vorgenommen, ohne einen Vergleich mit Alternativen durchzuführen. Das gilt auch über die Kosten und die Streckenverlängerungen hinaus.

Wir sind nicht bereit, die anstehende Diskussion erst im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zu führen, in dem die Variantenauswahl dann schon abgeschlossen ist und die Zeitrahmen für uns viel zu eng sind. Wir erwarten die Gespräche vor der Eröffnung des Verfahrens. Und fordern schon dazu belastbare Zahlen.

Wir möchten so bald als möglich das Gespräch mit Ihnen suchen und fordern ein Maximum an Transparenz während des laufenden Verfahrens. Wir wünschen uns, dass wir mit gegenseitigem Respekt aufeinander zugehen und in einen offenen Dialog über die weiteren Schritte in diesem Verfahren kommen. Unserer Meinung nach müssen die Voraussetzungen für einen vertrauensvollen Dialog mit den betroffenen Bürgern vor Ort erst geschaffen werden. Wir möchten Sie bitten, einen Dialogbeauftragten zu ernennen, um den Informations- und Diskussionsbedarf bei uns in Erfahrung zu bringen und um Wege für einen konstruktiven Dialog aufzuzeigen. Wir möchten, dass Sie alle modernen Medien nutzen, um uns umfangreich, sachlich und wertungsfrei über die Fakten zu unterrichten, ohne Probleme, Alternativen und Unsicherheiten zu verschweigen.

Dafür brauchen wir ausreichend Zeit und nicht zuletzt die Bereitschaft Ihrerseits, gemeinsam Lösungswege und Probleme zu erarbeiten und Mitwirkungsmöglichkeiten zu eröffnen. Wir können hierzu nur Angebote machen und wollen Struktur und Inhalte gerne mit Ihnen gemeinsam festlegen. Zur Unterstützung dieses Dialogs fordern wir ausreichend finanzielle Mittel von Ihnen, z.B. für die Hinzuziehung von Experten, für Weiterbildungsmaßnahmen oder auch für geeignete Räumlichkeiten für Veranstaltungen. Wir könnten es uns vorstellen, in regelmäßigen Diskussionsveranstaltungen gemeinsam über Ergebnisse und dgl. zu beraten. Außerdem muss es unserer Meinung nach umfangreiche Möglichkeiten für Interessierte geben, sich selbst ein Bild zum Thema Y-Trasse und deren Alternativen zu machen. Das ist unser Angebot an Sie, damit nicht die gleichen Fehler wie in Stuttgart in Zusammenhang mit S21 gemacht werden. Nur gemeinsam mit Ihnen, mit Ihren Anregungen und Fragen können wir einen Dialog gestalten. Es geht doch letztendlich um eine gemeinsame Verantwortung für unser Land, der wir uns stellen müssen. Wir hoffen sehr, dass wir darüber mit Ihnen ins Gespräch kommen können.

Sehr geehrte Herren, wir wissen, wie schwer es ist, einmal gesetzte und verfestigte Meinungen im politischen Raum in Frage zu stellen. Nach den hoffnungsvollen Worten erwarten wir allerdings, dass künftig wesentlich kritischer und verantwortungsvoller mit allen Großprojekten umgegangen wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hannes Wilkens